

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/42. Jahrgang

Mai 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

1. Mai - Kampftag auch in Gießen



Weit weniger Menschen als sonst waren zum Ostermarsch nach Frankfurt gekommen. Mit den gleichzeitig in Biblis Demonstrierenden waren es jedoch weit über 15.000, die in Mittel- und Südhessen gegen Krieg, gegen Atomenergie und Atomwaffen protestierten.



"Den Krieg in Afghanistan beenden - Zivil helfen" forderten Aktivisten der Friedensbewegung am Ostertag auf dem den Kirchenplatz in Gießen.



Inhalt:

1. Mai/Fukushima

S.2

Stadtparlament/Nazi-Demo

S.3

Bildungsgutscheine

S.4

Fehlbelegungsabgabe

S.4

Kapital-GAU/Ostertanzverbot

S.5

Krieg gegen Libyen

S.6

Menschenrechte/Leserbriefe/Kuba

S.7

Sarrazin/Termine/Anzeigen

S.8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

1. Mai 2011: Kampfkraft stärken!

Der 1. Mai geht als ein Schreckgespenst in Deutschland umher: Wenn die Beschränkung der "Arbeitnehmerfreizügigkeit" in der BRD fällt, werden Menschen aus dem Osten, aus Lettland, Ungarn, Bulgarien usw. als Billigarbeiter nach Deutschland strömen und „uns“ die Arbeitsplätze wegnehmen. Was ist zu tun? Endlich müssen Mindestlöhne eingeführt werden, damit nicht Menschen, unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit, zu Hungerlöhnen von zwei bis drei Euro arbeiten müssen.

Von den Gewerkschaften ist der Ruf zu hören: Gerecht geht anders! Abgesehen davon, dass es unter kapitalistischen Bedingungen keine Gerechtigkeit geben kann (ebensowenig wie "faire Löhne" und "soziale Sicherheit"), muss der Kampf um Mindestlöhne verstärkt auf die Straße getragen werden. Dazu gehört die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und die alte, leider oft vergessene gewerkschaftliche Forderung „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich“.

Nun fordert Ministerin Schröder in einem Interview im „stern“ die 30-Stunden-Woche für Frauen. Für diejenigen, die das große „I“ als eine wichtige Errungenschaft der Frauenbewegung ansehen, mag die Ministerin als Heilsbringerin erscheinen. Dass das Gehalt dann geringer ausfällt, ist sicher. An der Ausbeutung ändert sich nichts. Im Rahmen kapitalistischer Ausbeutung geht es nur darum, die einen gegen die anderen auszuspielen. Arbeiter gegen Angestellte und gegen Beamte, Männer gegen Frauen, Ausländer gegen Deutsche, EU-Bürger gegen Nicht-EU-Bürger usw.

An diesem 1. Mai muss es darum gehen, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken, im Interesse der arbeitenden Menschen, der Rentner und gerade auch der Erwerbslosen. Sollten die Gewerkschaften die Absicht haben, sich wieder enger an die SPD zu schmiegen, kämen sie ihrer Aufgabe nicht nach. Die SPD ist nun mal die Partei von Agenda 2010 und damit die Partei, die noch mehr

Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems. (K. Marx)



Menschen in die Armut getrieben hat. Daher: nicht von außen stänkern, sondern in die DGB-Gewerkschaften eintreten und kämpfen lernen. Noch besser: in die DKP eintreten und für eine andere Gesellschaftsordnung kämpfen – wir nennen sie Sozialismus..... auf dem Weg zum Kommunismus.

Michael Beltz

Eine Katastrophe wie in Fukushima könnte auch in der BRD nicht bewältigt werden.

Die Reaktorkatastrophe in Japan ist, genauso wie das vorausgegangene Erdbeben und der Tsunami mit Tausenden Opfern, aus den Schlagzeilen verschwunden. Hunderte Quadratkilometer rund um die Kraftwerke sind mit radioaktiven Stoffen kontaminiert, über hunderttausend Evakuierte fristen ihr Dasein in Notunterkünften und wissen nicht, wie ihre Zukunft aussieht. Die zerstörten Reaktoren sind längst noch nicht unter Kontrolle, sie geben weiterhin Radioaktivität an die Umgebung ab, sie werden notdürftig gekühlt. Sollte es einmal zu einer Unterbrechung dieser Kühlung kommen dann könnte sich die Lage dramatisch verschlimmern. Eine Übertragung der Verhältnisse auf Deutschland zeigt eindeutig: Die Katastrophenpläne für die hiesigen Kernkraftwerke sind für einen vergleichbaren Unfall völlig ungeeignet. Die Verfasser solcher Pläne sind von nahezu „idyllischen“ Szenarien ausgegangen. Angeblich kann bei einem Unglück

die Ausbreitung der Radioaktivität mit Computersimulationen genau berechnet werden, betroffen ist nur ein kleiner Bereich direkt am Kraftwerk und in der gerade herrschenden Windrichtung. Stark belastet wären nur einige Tausend Bewohner in diesem begrenzten Gebiet. Die vorgesehenen Notfallstationen und Notunterkünfte liegen in einer Entfernung zum

Reaktor, die bei Fukushima zum evakuierten Bereich gehört. Die vorgesehenen Hilfskräfte, die bisher immer nur dieses Szenarium geübt haben, wären in einem echten Katastrophenfall völlig überfordert und müßten wie in Japan improvisieren, mit verheerenden Folgen für die eh schon schlimm betroffenen Menschen. Eine Katastrophe wie in Fukushima könnte auch in der hochgerüsteten und hochtechnisierten BRD nicht bewältigt werden. Deswegen gibt es nur eines: Die Kernkraftwerke müssen abgeschaltet werden. Da auch abgeschaltete Reaktoren gefährlich bleiben solange die Brennelemente nicht entfernt wurden, müssen auch die abgeschalteten Anlagen zusätzlich gesichert werden, sie bleiben für viele Jahre ein unkalkulierbares Risiko. Ganz abgesehen davon, daß es auch für die irgendwann mal entnommenen Brennelemente kein sicheres Endlager gibt und auf absehbare Zeit nicht geben wird.

Gernot Linhart



Wie weiter nach der Kommunalwahl?

Die neue Koalition aus SPD und Grünen in Gießen ist ausgehandelt, Einzelheiten sollen nach Ostern (nach Red.-Schluß) bekannt gegeben werden.

Was feststeht ist die Haushaltssperre, die OB (und Kämmerin) Grabe-Bolz Mitte April verhängte, nachdem der RP den Haushalt 2011 - unter Auflagen – genehmigt hatte. Dazu gehören auch Einsparungen im Personalbereich, also Arbeitsplatzabbau. Von einer Absage oder Überprüfung der Landesgartenschau 2014, die 30 Millionen kosten soll, ist nicht die Rede. Im Gegenteil: die Zusage des RP, diese Investitionen aus dem Sparprogramm herauszunehmen, wurde begrüßt. Was in diesem Zusammenhang von dem Versprechen zu halten ist, es dürfe wegen der LaGa keine Streichungen im sozialen Bereich geben, wird sich erweisen.

Der vor den Kommunalwahlen von der OB angekündigte Widerspruch gegen die umstrittene Bebauung des Bänninger-Geländes blieb aus. Obwohl das Parlament in der letzten Sitzung falsch bzw. unvollständig informiert wurde, soll am Beschluß der alten Koalition aus CDU/Grüne/FDP nicht

gerüttelt werden. Erst am Tag nach der Wahl hatte sich Baurat Rausch dazu bequemt, das komplette Gutachten dazu vorzulegen, das die bestehenden Befürchtungen unterstrich. Gegen die Ansiedlung eines weiteren Lebensmittelmarktes gibt es heftigen Widerstand der Gewerkschaft Verdi sowie der Beschäftigten im Einzelhandel, die dadurch ihre Arbeitsplätze in Gefahr sehen.

Wie sich die kleinen Parteien bzw. Gruppen im Stadtparlament positionieren werden, ist noch offen. Rein rechnerisch ist es möglich, daß sie ebenfalls einen Vertreter in den Magi-

strat schicken – eine personelle Einigung vorausgesetzt. Denkbar ist auch, daß sich Linkes Bündnis und Bürgerliste (je 1 Sitz) zu einer Fraktion zusammenschließen, während die Piraten ein Zusammengehen mit der FDP (je 2 Sitze) anstreben sollen...

P.S.: Es wurde bemängelt, daß wir in der letzten Ausgabe bei der Nennung der beiden Abgeordneten der Linkspartei – Michael Beltz und Jonas Ahlgrimm – versäumt hätten, die Parteizugehörigkeit des ersteren anzugeben. Wir holen es hiermit für alle, die es noch nicht wissen, nach: Michael Beltz ist Mitglied der DKP. E.B.



Gießener Echo

Kommunistische Zeitung für Gießen

№. 10 / 6. Jahrgang Oktober 2011 Schutzgebühr DM 1,50

Demokraten erfolgreich gegen Neonazis

Machvolle Demonstration gegen das Auftreten der Neonazis in Gießen
Kundgebung der NPD mußte abgesagt werden

Dem Aufruf der Gießener Bürgerinitiative gegen den Neonazismus waren am 3. 10. über 1500 Demokraten und Antifaschisten gefolgt, um auf dem Brandplatz gegen das Blödeln des NPD-Landesparteitages in der Gießener Kongresshalle zu demonstrieren.

Im Rahmen der Gießener Bürgerinitiative stellte Walter Bögg bei der Kundgebung auf der gemeinsamen Kundgebung gegen die Rechtsradikalisierung, Unrechtmäßigkeit der NPD und die Forderung nach der Abschaffung der NPD als Partei im Grundgesetz. Dieser Kundgebung schlossen sich auch die weiteren Teilnehmer an: Heinz Euler, DGB-Rechtsreferent, Bernd Hübner, Sekretär der IG Bau-Steine-Erden, Michael Beltz, Kreisvorsitzender der DKP, Michael Gabel, stellv. Landesvorsitzender der VWV – Bund der Antifaschisten.

Es wurde festgestellt, daß es niemals ein rechtschaffener Kampf gegen die NPD notwendig ist, daß aber Antifaschisten die Rechtsgüter der Demokratie wiederherstellen bei der CDU/CSU verhandelt ist.

Es wurde festgestellt, daß gerade die Vertreter des Kapitalismus die einzigen Hirnformierner neofaschistischer Umtriebe sind. Solange es noch einen Fiskus gibt, solange besteht auch noch die Gefahr des Faschismus, so erklärte Emil Gabelbach die Zusammenhänge aus.

Zum Abschluß der Kundgebung wurde noch einmal betont, daß der Kampf gegen die Rechtsradikalisierung weitergeführt werden müsse.



Zur Kundgebung demonstrieren die Teilnehmer des Brandplatzes gegen die NPD.

Auf der anschließenden spontanen Demonstration wurde von den Teilnehmern immer wieder geordert:

- „Nazis raus aus dieser Stadt!“
- „Mit dem GGB – stoppt die NPD!“
- „Tschöden – Drogger – Strauß – Nazis raus!“

In dieser Nummer:

Nazi Aufmarsch verhindern!

Am 16.07.2011 hat die NPD zu einer Demonstration und Kundgebungen in Gießen aufgerufen.

Erfolgos versucht die NPD seit mehreren Jahren in Gießen Fuß zu fassen. Mit der Organisation der Demonstration in Kooperation mit den „Freien Kräften“ zielt die NPD darauf ab, lokale Strukturen zu stärken und zu reorganisieren. Allein das Gelingen der Demonstration wäre bereits ein großer Erfolg für die NPD. Ihr letzter großer Aufmarschversuch in Gießen liegt rund 40 Jahre zurück und wurde im Oktober 1971 von mutigen Antifaschisten verhindert. Seither gelang es keiner Neonazigruppierung ungestört Veranstaltungen im Gießener Stadtgebiet abzuhalten.

Um die Kräfte welche den Nazi Aufmarsch verhindern wollen zusammenzufassen haben sich in Gießen zwei Bündnisse gegründet. Das Bündnis „Gib bleibt bunt“ organisiert ein antifaschistisches Stadtfest organisiert und „Gießen Nazifrei“ will den Aufmarsch der Faschisten - gewaltfrei - blockieren.

Für uns kann es also nur heißen: Wehret den Anfängen! Verhindern wir gemeinsam den Aufmarsch der Faschisten!

Henning Mächerle

Nicht mit Bildungsgutscheinen einwickeln lassen!

Teil der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze sind die „Bildungsgutscheine“ von Arbeitsministerin von der Leyen. Etwa 650 Mio. E sollen bereit gestellt werden für 2,5 Mio. Kinder und Jugendliche, wobei ein großer Teil für Verwaltung und Werbung draufgeht; 2,6 Mio. E wurden bereits für Plakate, Werbeflächen und -filme bezahlt, nicht mitgerechnet die letzte Schnapsidee, alle Bezugsberechtigten anzuschreiben.

Pro Nase können maximal 250 Euro im Jahr – auf Antrag – bewilligt werden. Gleichzeitig sind die in den alten Regelsätzen enthaltenen 100 Euro für Schulbedarf und 30 Euro für eintägige Klassenfahrten gestrichen worden.

Und so verwundert es nicht, daß das „Bildungs- und Teilhabepaket“ sich als totaler Flop erwies. Nur 2% der

Betroffenen haben sich bisher bei Antragsschluß (der soll jetzt verlängert werden) überhaupt gemeldet, um Zuschüsse für Mittagessen, Nachhilfe, Vereinsbeiträge u.a. zu erhalten. Kaum jemand weiß Bescheid; Aufwand und Leistung stehen in keinerlei vernünftigen Verhältnis zueinander. Hinzu kommt, daß Grundlage des „Bildungspakets“ die diskriminierende Behauptung ist: wenn die Eltern das Geld bar erhielten, käme es nicht den Kindern zugute, sondern würde in Alkohol, Zigaretten oder „Flachbildschirme“ umgesetzt. Erwerbsloseninitiativen fordern daher zu Recht, daß diese Gelder ohne bürokratischen Aufwand direkt an die Betroffenen ausbezahlt werden sollen.

Bildungsgutscheine sind Humbug.

* Nötig ist eine flächendeckende Versorgung mit Kita-Plätzen für alle, die



(entsprechend der Schulgeldfreiheit) kostenlos sein soll, einschließlich Mittagessen.

* Nötig ist eine gemeinsame Ganztags-Schule für alle Kinder von der 1. bis zur 10. Klasse, in der alle schwache Schüler unterstützt werden (auch, wenn die Eltern nicht auf Hartz IV angewiesen sind) und solche mit besonderer Begabung oder Talenten gefördert werden.

* Nötig ist eine öffentlich geförderte Unterstützung von sportlichen und kulturellen Einrichtungen und Vereinen.

* Nötig ist: Weg mit Hartz IV!

* Nötig ist eine Gesellschaft, in der dies verwirklicht werden kann. E.Beltz

Wie wär's mit Bildungsgutscheinen für Autobahntoiletten?

Neulich auf A 7, Raststätte Harz, meine beiden Kinder und ich unterwegs. Papa ich muß mal. Okay, da ist eine Raststätte. Und dann: Schranken vor den Toiletten, Eintritt 70 Cent, also dreimal Pinkeln gleich 2,10 Euro. In Deutschland macht das Kapital selbst mit Pinkeln noch Kasse. K.S.

Fehlbelegungsabgabe bei Sozial-Wohnungen abgeschafft – von "Einnahmeverantwortung" keine Spur

Ihre Zustimmung zur Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung haben SPD und Grüne mit einer „Einnahmeverantwortung des Staates“ begründet, die angeblich in dem neuen Gesetz verankert wäre. Was sie von dieser Verantwortung hält, hat die CDU/FDP-Landesregierung kurz nach Auszählung der Volksabstimmung gezeigt: Die Fehlbelegungsabgabe für gutverdienende Mieter von Sozialwohnungen wurde abgeschafft. Das Parlament wurde nicht beteiligt, weder die betroffenen Kommunen noch die Oppositionsparteien wurden vorher benachrichtigt. Die DKP Gießen hat schon seit ihrer Gründung vor mehr als 40 Jahren die Fehlbelegung von Sozialwohnungen verurteilt. In einer der ersten Gießener Echos von 1971 gibt es einen Artikel dazu. Die schon damals ins Gespräch gebrachte Fehlbelegungsabgabe wurde darin nicht als Patentlösung angesehen. Sie hilft nie-

manden, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Notwendig wäre eine ganz andere, nicht vom kapitalistischen Profitstreben gekennzeichnete Wohnungspolitik, die jedem eine seinem Einkommen und seinen Bedürfnissen entsprechende Wohnung sichert. Die Miete sollte nicht mehr als 12% des Einkommens ausmachen. Ähnlich argumentierten wir in einem Echo im Jahre 1990, als diese Abgabe im Land-

tag einstimmig beschlossen wurde. Geändert hat sich seitdem nichts an der Wohnungspolitik. Privaten Miethäusern wird es ermöglicht, Mieten und Nebenkosten immer weiter in die Höhe zu treiben. Sozialer Wohnungsbau wurde praktisch eingestellt, schon seit 1990 sind die dazu gegründeten Wohnungsbaugesellschaften nicht mehr als gemeinnützig anerkannt und deswegen voll steuerpflichtig. Sie fordern seitdem kostendeckende Mieten und führen sogar Gewinne an die Kommunen ab. Wo es keinen sozialen Wohnungsbau mehr gibt, wird natürlich auch die Fehlbelegungsabgabe nicht mehr zweckentsprechend für neue, preiswerte Wohnungen verwendet, sondern fließt in die Kassen der Gesellschaften. Gerech ist die Abschaffung dieser Abgabe für Gutverdienende nicht, die Tränen der SPD-Politiker über diesen Streich der Landesregierung aber sind geheuchelt. Gernot Linhart



Horror des Kapitals

"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn:

10% sicher, und man kann es überall anwenden;

20% es wird lebhaft;

50% positiv waghalsig;

für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß;

300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens."

K.Marx, "Das Kapital", Bd. 1, S. 788)



Der Super-Gau des Kapitals

Allenthalben herrscht ein mulmiges Gefühl: Die Risiken der heutigen Welt wachsen und sind unbeherrschbar groß geworden. Nun sind viele Menschen im Kapitalismus inzwischen bereit, größte Risiken in Kauf zu nehmen, wenn nur keine Arbeitsplätze verloren gehen und die Preise nicht zu stark steigen. Fukushima zeigt, wie unsinnig diese Haltung ist. In der ganzen Region wird es keine Lebensmöglichkeit mehr geben. Und die Physikerin Dr. Merkel hielt noch im letzten Herbst Atomkraftwerke in Punkto Sicherheit für unbedenklich, als sie die Laufzeitverlängerung alter Reaktoren durchsetzte, was über 50 Milliarden Euro brutto in die Kassen der Konzerne spülen sollte. Und dass Atomstrom billig ist, lässt sich nur behaupten, wenn man die Kosten der Havarien außen vor lässt. Nun ja, letztlich tragen diese Kosten die Opfer selber.

In der kapitalistischen Ökonomie waren wir zuletzt ebenfalls nah am Abgrund. So wie die Kosten der ökologischen Gefahren auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, wurden auch die hochgiftigen Ramschpapiere der Banken in so genannte Bad Banks ausgelagert, wo sie der Allgemeinheit noch viele Jahre oder Jahrzehnte als Risikomüll erhalten bleiben. Genau

so fehlt es auf der ganzen Welt noch an einem Endlager für Atommüll.

Die Lobredner des Kapitals jubeln schon wieder, weil der Kapitalismus nach der Mega-Krise nicht endgültig in die Knie gegangen ist. Und für den Fall eines Atomausstiegs, der noch keineswegs beschlossen ist, rechnen sie hin und her, wie dieser für die Monopole zum Geschäft werden kann. Doch die von Großbanken und Großindustrie verursachten Risiken sind viel zu groß, als dass die Privatkapitalisten sie noch tragen wollten und könnten. Sie sind aber auch zu groß, als dass eine von kapitalismustreuen Politikern fehlgeleitete Allgemeinheit noch in der Lage wäre sie zu schultern. Und Mega-Krisen sind im heutigen Kapitalismus keineswegs die Ausnahmen sondern der Normalfall.

Der Kapitalismus kennt nur drei große Ziele: Profit! Profit! Profit! Die Befriedigung der Bedürfnisse der Masse der Menschen bleibt auf der Strecke. Zusammen mit der gewaltigen Technik von heute ist die Profitwirtschaft lebensgefährlich. Eine gemeinwirtschaftliche Eigentumsordnung ist noch nicht die Lösung der Probleme, aber eine unerlässliche Voraussetzung dazu. Klaus Mewes

Oster-Tanz ums heilige Kalb

Nach einer Verordnung aus dem Jahr 1952 sind in Hessen Tanzveranstaltungen an Karfreitag/Ostern verboten: von 4 Uhr morgens am Gründonnerstag bis einschließlich Samstag um 24 Uhr sowie an Ostersonntag und Montag zwischen 4 und 12 Uhr. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche sprechen von „Verfallserscheinungen einer Gesellschaft“ und drängen jetzt darauf, daß dieses Verbot durchgesetzt und Verstöße streng geahndet werden. In Frankfurt versprach die Stadt umgehend unter Androhung hoher Ordnungsgelder besonders rigide vorzugehen.

Mehr als 1000 Menschen protestierten daher am Karfreitag tanzend (mit Kopfhörern) auf dem Römer gegen diesen Anachronismus.

Nicht einmal die Hälfte aller Frankfurter gehört einer Kirche an, und Strip-tease-Vorführungen sowie Table-Dan-

ce sind durchaus erlaubt. Viele Veranstalter umgehen die Verordnung, indem sie „geschlossene Veranstaltungen“ durchführen, bei denen die Stadt nicht reinzureden hat.

So verrückt das Ganze auch erscheint, es macht einmal mehr deutlich, wie die Kirchen anderen ihren Willen aufzwingen wollen, und wie sie dabei von den Behörden unterstützt werden. Und diese Symbiose ist durchaus zu beiderseitigem Vorteil. Während der Staat die „christlichen Werte“ verteidigt, besorgen die Kirchen die Geschäfte der Herrschenden.

Robert Zollitsch, Deutschlands oberster Katholik, befürwortete z.B. Ende letzten Jahres die Selbstbeteiligung beim Arztbesuch – und damit die Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Medizin. Und im März – nach Fukushima – warnte er vor einem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. E.B.



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482,

E-mail: UZAbo@t-online.de

www.unsere-zeit.de



Die Bomben fallen woanders

„s ist Krieg, es ist leider Krieg und ich begehre, nicht Schuld daran zu sein,“ so rief Matthias Claudius (1799 beim Bayrischen Erbfolgekrieg). Und ob der Überfall auf Jugoslawien, vor allem auf Serbien, ob in Afghanistan oder jetzt wieder die Bombardierung Libyens – das internationale Völkerrecht wird nicht zur Kenntnis genommen. Die Bomben fallen woanders; wir Deutsche haben die Gegenwehr der überfallenen Länder nicht zu fürchten – außer den uns eingeredet „feigen“ Anschlägen irgendwelcher „Terroristen“.

Wenn uns jedoch eine Gefahr drohen könnte, sind wir auf den Beinen. Die nukleare Katastrophe in Japan gefährdet mit ihrer Strahlung nicht nur die Japaner. Zudem macht sie deutlich, dass es keine Sicherheit von Atomkraftwerken gibt. Das wurde nach Harrisburg und Tschernobyl nun noch einmal auf dramatische Weise deutlich. Und die Regierung reagierte hilflos, oder besser kapitalhörig. Das wurde in einigen Zeitungen oder bei einigen Demonstranten erkannt. Dennoch:

Tausende gingen auf die Straße und wählten GRÜN. Dass sie damit die Partei wählten, die noch vor CDU, SPD usw den Krieg gegen Libyen befürworten geriet in Vergessenheit. Goethe wies einst schon darauf hin, dass Kriege in fernen Ländern uns nicht wehtun. Der deutsche Vorgarten bleibt sauber. Michael Beltz

Krieg gegen Libyen - Blut für Öl

Am 17. März 2011 beschloss der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1973 die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen mit zehn Stimmen dafür, keiner Stimme dagegen und fünf Enthaltungen. Deutschland enthielt sich, weil es betonte, keine eigenen Truppen einsetzen zu wollen. Allerdings unterstützte man die Ziele der Resolution. Am Nachmittag des 19. März 2011 begann die Militäroperationen der westlichen Staaten. Die Resolution fordert – im Gegensatz zu den in den Medien verbreiteten Positionen - an erster Stelle einen sofortigen Waffenstillstand und ein vollständiges Ende der Gewaltanwendungen und aller Angriffe gegen Zivilisten. Als zweites spricht sie sich für eine Intensivierung der Anstrengungen eine Lösung zu finden aus, die „den legitimen Forderungen des libyschen Volkes Rechnung trägt“. Es gilt, (...) alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, (...) um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete (...), einschließlich Bengasis, zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets, (...) Ausgangspunkt dieser Selbstermächtigung ist folgende Einschätzung: „feststellend, dass die Situation in der Libysch-Arabi-

schen Dschamahirija auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,“ Interessanterweise sucht man in der Resolution den Begriff Bürgerkrieg vergebens. Die Gefährdung des „Weltfriedens“ und die einseitige Parteinahme wäre schwer zu begründen.

Der Militäreinsatz dient der Unterstützung der Aufständischen und es kommt auch zu Konsultationen mit deren Militärführern um Angriffe auf Bodenziele zu koordinieren. Ein Problem der Resolution aus Sicht des Westens ist das Verbot von ausländischen Besatzungstruppen. Zur Kontrolle des Landes, vor allem der Ölindustrie, ist der Einsatz von eigenen Truppen aber unumgänglich. Die Bundesregierung hat schon einen Weg gezeigt, wie man dieses kleine Problem umgehen könnte.

Man deklariert den Truppeneinsatz einfach als „Schutztruppe“ für den Transport von humanitären Gütern. Noch trickreicher geht hier die britische Regierung vor. Für sie hat der Einsatz von militärischen Spezialeinheiten wie der SAS nicht mit Besatzungstruppen zu tun. Grundsätzlich stellt die Resolution 1973 die Rückkehr zur alten „Kanonenbootpolitik“ des Imperialismus dar.

Henning Mächerle



Was hat Libyen mit den anderen nordafrikanischen Staaten gemein? Wenig.

In Libyen ist das Sozial- und Bildungswesen erheblich besser. Während libysche Rebellen die Fahne des früheren Königreichs Libyen schwingen, wird in Ägypten... für Freiheit und Demokratie gekämpft. Während die getöteten Demonstranten dort keine Rolle spielen, beginnt die NATO einen Bomben-Krieg und lehnt Verhandlungen bzw. Waffenstillstand ab. Lange vor den Aufständen waren CIA-Leute im Libyen.

Was hat Libyen mit dem Irak gemein? Eine Menge.

Beide Länder haben höchste Öl- und Gasvorkommen, die von Saddam Hussein bzw. Gaddafi nationalisiert und damit den internationalen Ölmultis entzogen wurden. Sie wurden dämonisiert, als "Schlächter" bezeichnet und offen zu ihrer Ermordung aufgerufen. Beide Länder wurden überfallen. Soll aus Libyen ein zweites US (bzw. US/EU)-Protectorat werden - mit gleichen katastrophalen Folgen für die Menschen?

Menschenrechte mit Füßen getreten

Fall 1: Trotz ihrer erwiesenen Unschuld dürfen fünf Uiguren (Angehörige eines chinesischen Minderheiten-Volks) ihr Foltergefängnis nicht verlassen. Die Klage der Muslime beim Obersten Gerichtshof wurde abgewiesen. Wo das war? Im menschenrechtsfernen China? Nein, im Reich der Freiheit und Demokratie, auch USA genannt; die fünf Gefangenen befinden sich im US-Foltergefängnis Guantanamo. (Meldung von AFP, 18.4.2011)

Fall 2:

Ein bei seiner Regierung in Ungnade Gefallener wurde festgenommen, sitzt seit 10 Monaten ohne Verhandlung, geschweige denn Urteil in Isolationshaft, muß nackt schlafen, darf nur 1 Stunde am Tag die Zelle verlassen, außer einem Buch keine persönlichen Sachen in der Zelle haben, täglich werden ihm Antidepressiva verabreicht. Jetzt wird er in ein anderes Gefängnis verlegt und auf seinen Geisteszustand untersucht.

Wo das war? In der DDR, wo Dissidenten – nie bewiesen - in der Psychiatrie landeten? Nein, im Musterland der Menschenrechte USA. Bei dem Gefangenen handelt es sich um Bradley Manning, dem Mann, der US-Grausamkeiten über Wikileaks aufgedeckt haben soll. („stern“ 15/2011 und dpa-Meldung vom 21.4.2011)

Ob Merkel oder Westerwelle das mal zur Sprache bringen...?

Leserbriefe

Reform in Cuba

Im April fand nach relativ langer Abstinenz der sehr intensiv vorbereitete 6. Parteitag der PCC (Kommunistische Partei Cubas) statt. Es herrscht Zeitdruck und Handlungsbedarf. In den „Lineamentos“ (Leitlinien) werden klipp und klar Chancen und Gefahren zur „Weiterentwicklung“ des Sozialismus benannt: **Cuba ist ein Land mit bescheidenem Reichtum.** Eine Konzentration von Eigentum wird verhindert. Der Staat behält die Macht grundlegend über Industrie und Boden. (Stichwort: Vergabe von Nutzungsrechten.) Zwei Probleme müssen schnellstens behoben werden: 1 Million Hektar Land liegen brach, die mit fast allen Früchten bebaut werden und Cuba vom Importland zum Exportland werden lassen könnten. (Weg mit dem Außenhandelsdefizit.) Die Industrie ist äußerst ineffizient und erwirtschaftet viel zu wenig. Auf einen nötigen Arbeitsplatz kommen drei Malocher. Das ist ein zu großer Widerspruch in der Arbeitskraftverteilung. ("Wir haben eine Situation der Vollbeschäftigung, die darauf basiert, dass Menschen nicht arbeiten." (A. Prieto Kulturminister) Raoul Castro sagte: Wir müssen die Idee überwinden, dass Cuba das einzige Land ist, in dem man leben kann, ohne zu arbeiten.“ Ich vergesse bei aller Kritik nicht die schlimme Zeit nach 1989, die Blockade, wachsende Importpreise, Weltwirtschaftskrise aber auch nicht die Vorzüge Cubas. Venceremos!

Falk Moldenhauer

'Der Banker ist ein Finanzzuhälter'

So äußerte sich der Kabarettist Werner Schneyder zutreffend bei einer Talkshow bei Frau Maischberger. Der Unterschied zu einem gewöhnlichen Zuhälter besteht darin, dass letzterer tatsächlich Ware in Form von Prostituierten anbietet. Ersterer bietet und verkauft bekanntlich nichts, wie dies bei den Hedgefonds besonders deutlich wurde. Für dieses Nichtstun zockt er ein Schweinegeld ab. Insofern ist der Nuttenverkauf im Verhältnis dazu, so makaber und zynisch es auch klingt, ein „ehrlicher“ Beruf. Bereits 1848 charakterisierten Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ diese Finanzhaie und nannten sie abfällig „Couponschneider“. Diese Form des Schmarotzertums ist also nichts Neues, sondern heute lediglich effizienter, technisierter, moderner und schneller und wird von „unserem“ Staat von den Steuergeldern der noch arbeitenden Menschen in Milliardenhöhe unterstützt. Genauso verhält es sich mit der imperialistischen Globalisierung, die Marx und Engels bereits ebenfalls an gleicher Stelle analysierten und darstellten.

Uwe Moldenhauer

Nochmal zu J. Fischer

Auf den Leserbrief von Felix Oeckentorp im letzten Gießener Echo ist doch etwas hinzuzufügen. Matthias Beltz, viel zu früh verstorbener Kabarettist und Bruder des Stadtverordneten Michael Beltz, hat über Herrn Fischer, den er seit den 70er Jahren kannte, gesagt: „Herr Josef Fischer war schon früher ein Arschloch und er ist ein Arschloch geblieben!“ Und dem ist nichts hinzuzufügen. Thomas Knecht

Vor 50 Jahren: US-Niederlage in der Schweinebucht

Am 17. April 1961 startete die größte Militärmacht der Welt ihre Invasion gegen Kuba. Der Überfall war fast eineinhalb Jahre lang im Auftrag von zwei US-Präsidenten vorbereitet worden: mit Luftangriffen, Abwurf von Waffen, tödlichen Bombenanschlägen, dem Einsatz von CIA-Banden und Mafia-Gangstern, unzähligen Sabotageakten gegen Industriebetriebe, Brandbomben gegen Zuckerrohrfelder sowie mit Dutzenden Mordanschlägen gegen Fidel Castro und andere führende Mitglieder der Regierung. Insgesamt investierte die US-Administration in die völkerrechtswidrige Aktion unter dem Tarnnamen »Operation Zapata« mindestens 100 Millionen Dollar. Sie dauerte vom 17. bis 19. April 1961. Mehr als 1500 von CIA und Spezialisten des Pentagon ausgebildete Söldner, zusammengeschlossen im Landungskorps 2506, waren unter dem Schutz von US-Flugzeugen und einer Armada von Fracht- und Kriegsschiffen in Playa Girón, in der Schweinebucht im Süden der Insel gelandet. Nach nicht einmal 72 Stunden kam das Aus für die Aggressoren: Unter der persönlichen Leitung von Fidel Castro wurden die Eindringlinge von Armee und Milizen zurückgeschlagen und mehr als 1200 von ihnen gefangengenommen.

Horst Schäfer (gekürzt)



Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!

Seither versuchen die USA, Kuba mit einem Handelsembargo in die Knie zu zwingen - vergeblich. Obwohl die UN-Vollversammlung jedes Jahr die Aufhebung des Embargos fordern (nur die USA selbst, Israel und zwei Ministaaten stimmen dagegen), hält auch Obama am Embargo fest.

vormerken: Soli-Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Dienstag, 14. 6, Café Amelie

Der Haß-Prediger darf in der SPD bleiben

Thilo Sarrazin hat nichts von seinen rassistischen und sozialdarwinistischen Hetztiraden zurückgenommen; nach seiner Erklärung „er habe Migranten nicht diskriminieren wollen“ wurden die Anträge auf Ausschluß aus der SPD zurückgezogen

Antifaschistische Stadtführungen

Die gut dreistündigen Führung beinhaltet eine Route von 21 Stationen zu Fuß durch die Gießener Kernstadt. Zu Beginn erfolgt eine Einführung im Gewerkschaftshaus. - Nächste Führung am Sonntag, dem 8. Mai, 14 Uhr am DGB-Haus in der Walltorstraße. Kosten pro Person: 5 E, erm. 2.50 E. Anmeldungen erfolgen beim DGB-Jugendbüro in Gießen

Im Café Amélie:

Freitag, 20. Mai, Beginn 21 Uhr.

Mühleleitners Liederma-cher - Laborinsel

....eine Gitarre, zwei Stimmen, ein junges Duo der ganz besonderen Art! Im Anschluss offene Jam Session mit den Musikern. Der Eintritt ist frei, ein freiwilliger Beitrag gerne gesehen!

Redaktionsschluß für das Juni-Echo: 26.5.11

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dgp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Dortmund, 24.-26. Juni UZ-Pressesfest der DKP

Soli-Button zum UZ-Fest



für 5 € sofort erhältlich

Vom 24.-26. Juni findet in Dortmund im Revierpark Wischlingen das 16. UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP statt, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden. Wer beim Aufbau und Abbau sowie während des Festes helfen möchte, bitte melden.

Diesmal auch dabei:



die Bots

mit ihren Konzerten (1981) in der Heshenhalle und im Audimax und ihren Liedern "Aufstehn" und "Was wollen wir trinken" vielen noch in Erinnerung

Liebe Leserinnen und Leser, wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2011 - und wir bitten um Spenden. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025

90 Jahre Kommunistische Partei Portugals



"Empörung und Protest für Veränderungen, die das Land braucht. Freiheit, Demokratie, Sozialismus - ein Plan mit Zukunft." (frei übersetzt) Diese Plakate der PCP anlässlich ihres 90jährigen Bestehens - auch während der 37 Jahre des Faschismus hat die Partei in der Illegalität weiter gearbeitet - sind derzeit in Lissabon zu sehen.

Jeden Montag, 18 Uhr am Rathaus, Berliner Platz

Anti-AKW-Demo

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Bücherbasar

im Rahmen des Sommerfestes der GSW (Gesellschaft für soziales Wohnen) am 18.06.11 von 10-16 Uhr im ZIBB, Hannah-Arendt-Str.8, 35394 Gießen. Infos: 0641/791180.

Herzliche und kämpferische Grüße unserem Genossen

Werner Deeg zum 70. Geburtstag!

Wir wünschen Dir alles Gute, Gesundheit und noch viele aktive Jahre.

Gießen, im April 2011

DKP - Deutsche Kommunistische Partei Gießen